

Kölner Transformationsbarometer zeigt wachsende Zustimmung für Aufnahme in die Union an – Übergangsfristen werden gelassen hingenommen

Osteuropäer schätzen Folgen des EU-Beitritts verhalten optimistisch ein

HANDELSBLATT, 19.7.2002

law DÜSSELDORF. Die aktuellen Querelen um die europäische Agrarpolitik und der Streit um die Öffnung der Arbeitsmärkte im Westen tun der Attraktivität der EU in Mittel- und Osteuropa keinen Abbruch. Im Gegenteil: Die Zustimmung zur EU steigt in den Beitrittsländern an. Dabei hoffen die Menschen auf positive Impulse für die heimische Wirtschaft, haben aber keine unrealistischen Erwartungen, dass sich ihre Le-

bensstandards rasch verbessern. Das ist das Ergebnis des Transformationsbarometers Osteuropa der Kölner Forschungsstelle für empirische Sozialforschung (www.uni-koeln.de/extern/fores).

In den wichtigsten Beitrittsländern sind die Zustimmungsraten im vergangenen Jahr zum Teil deutlich gestiegen. So kletterte der Anteil der EU-Befürworter in Polen von 59 auf 69 %, in Tschechien von 68 auf 71 % und in Ungarn von 77 auf 86 %. Als

Gegner der Ost-Erweiterung bekannten sich bei der repräsentativen Umfrage in Polen und Tschechien rund ein Fünftel der Bevölkerung, in Ungarn sind es 6 %.

Das Kölner Institut führt, gefördert von der Otto Wolff Stiftung sowie der Margarete und Johann Ley-Stiftung, regelmäßig umfangreiche Befragungen in Polen, Tschechien und Ungarn durch. Diese drei Länder gehören zur Spitzengruppe der Länder, die noch im Jahr 2004 der EU bei-

treten wollen. Bei den Verhandlungen über die Beitrittsbedingungen hatte jedoch die restriktive Haltung einiger EU-Mitglieder in der Frage der Öffnung der eigenen Arbeitsmärkte und der Teilhabe an den Agrar-Direktbeihilfen für Enttäuschung in Osteuropa gesorgt.

Die Ernüchterung der osteuropäischen Politiker, die angesichts langer Übergangsfristen von einer „Mitgliedschaft zweiter Klasse“ reden, wird von der Bevölkerung aber offen-

bar kaum geteilt. Nur rund ein Drittel der Befragten in Polen und Tschechien und lediglich 7 % der Ungarn würden die Erweiterung auf Grund der geplanten Übergangsfristen in Frage stellen.

Erwartungen an eine Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands durch den Beitritt hegt immerhin die Hälfte der Ungarn, in Polen und Tschechien ist es nur ein Drittel der Bevölkerung. Dabei halten vor allem Tschechen und Ungarn ihre

Wirtschaft für wettbewerbsfähig. In Ungarn werden sogar der Landwirtschaft gute Exportmöglichkeiten zugestanden; in Tschechien erwartet jeder Zweite und in Polen jeder Dritte Absatzeinbußen der heimischen Landwirtschaft. Doch werden die Folgen für Polens Agrarsektor für nicht mehr so gravierend gehalten wie noch ein Jahr zuvor.

Unterschiedlich bewerten die künftigen EU-Bürger die Folgen für den Arbeitsmarkt: in Polen rechnen

mehr Menschen mit einem Rückgang als mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Ungarn sehen keine Auswirkungen und die Tschechen rechnen mit einem Anstieg. Ähnlich differenziert fällt die Einschätzung der Folgen des EU-Beitritts für die eigenen Lebensverhältnisse aus. Die Tschechen befürchten eine Einbuße, die Polen erwarten keine großen Folgen; aber 37 % der Ungarn rechnen mit einem Plus in ihrem eigenen Portemonnaie.